

Antrag

der Abgeordneten Ursula Schönberger, Michaela Hustedt, Dr. Uschi Eid, Dr. Helmut Lippelt, Wolfgang Schmitt (Langenfeld), Christian Sterzing, Kristin Heyne, Dr. Manuel Kiper, Oswald Metzger, Simone Probst, Halo Saibold, Christine Scheel, Werner Schulz (Berlin), Margareta Wolf (Frankfurt) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ergebnisse des Atomgipfels in Moskau

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt den auf dem G7-Gipfel am letzten Wochenende in Moskau vereinbarten umfassenden Stopp aller nuklearen Atomtests.
2. Dennoch sieht der Deutsche Bundestag die Ergebnisse des Atomgipfels als insgesamt enttäuschend an. Der Deutsche Bundestag ist insbesondere darüber besorgt, daß die Abschaltung der Reaktorblöcke des Tschernobyl-Typs, nicht vereinbart wurde. Die Unterzeichnung der Vereinbarung zur Schließung des Atomkraftwerks in Tschernobyl ist gescheitert. Die Stilllegung des Atomkraftwerks Tschernobyl ist selbst für das Jahr 2000 noch nicht gesichert.
3. Der Deutsche Bundestag bedauert, daß über ein konkretes Energieersatzprogramm für Ost- und Mitteleuropa, das den Weg aus der Nuklearindustrie aufzeigt, nicht verhandelt wurde und ist der Auffassung, daß in den ost- und mitteleuropäischen Staaten eine neue Strategie, die auf andere Energiequellen und Energieeffizienz setzt, schnellstens eingeleitet werden muß. Darüber hinaus müssen vorhandene Pläne und Vorhaben in diesem Sinne unterstützt werden.

II.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. gemeinsam mit der Europäischen Union und den Staaten Mittel- und Osteuropas konkrete Schritte zur Erschließung anderer Energiequellen in Ost- und Mitteleuropa zu entwickeln und endlich Geldmittel für die Finanzierung moderner und hoch-effizienter konventioneller Kraftwerke, z. B. GuD-Gaskraftwerke in den mittel- und osteuropäischen Staaten zur Verfügung zu stellen. Die Nachrüstung unsicher bleibender Atomkraftwerke ist eine unverantwortliche Strategie;

2. die Erschließung der enormen Einsparpotentiale in den mittel- und osteuropäischen Staaten durch effiziente Hilfe zu unterstützen;
3. weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen, daß das Kernkraftwerk Tschernobyl unverzüglich stillgelegt wird;
4. medizinische und soziale Hilfe für die Opfer der Katastrophe von Tschernobyl in der Ukraine, Weißrußland und Rußland über das derzeitige Maß hinaus zur Verfügung zu stellen.

Bonn, den 22. April 1996

Ursula Schönberger

Michaela Hustedt

Dr. Uschi Eid

Dr. Helmut Lippelt

Wolfgang Schmitt (Langenfeld)

Christian Sterzig

Kristin Heyne

Dr. Manuel Kiper

Oswald Metzger

Simone Probst

Halo Saibold

Christine Scheel

Werner Schulz (Berlin)

Margareta Wolf (Frankfurt)

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion